

e-Voting: Nun macht die Bundesregierung Druck

Das Ziel der e-Voting Lobby die ÖH-Wahlen 2007 als Testversuch zu verwenden wurde vereitelt. Nachdem keine Universitätsvertretung gefunden werden konnte, wurde nun die Bundesregierung eingeschaltet um den Druck zu erhöhen.

„Elektronische Wahlen bei der Nationalratswahl? Soweit sind wir noch nicht. Doch die Bestrebungen e-Voting in Österreich einzuführen mehren sich zusehends. Eine ÖH-Wahl wäre ein perfekter Testlauf.“ (Hartwig Brandl, TU-Info 1/07, Seite 8) Inzwischen ist die ÖH-Wahl 2007 vorbei und e-Voting wurde nicht getestet.

Doch gibt es eine starke Lobby welche sich nicht so leicht geschlagen gibt. Da sich keine ÖH bereiterklärte e-Voting zu testen, werden nun Bundesminister geschickt um klarzustellen, dass es kommen muss. „Spätestens bei der nächsten ÖH-Wahl 2009 wird es E-Voting geben“ (Wissenschaftsminister Dr. Johannes Hahn, DerStandard 26.5.2007, Seite 3). Dass sich die Bundesvertretung der ÖH, auf meinen Antrag hin, einhellig, quer über alle Fraktionsgrenzen hinweg, gegen e-Voting ausgesprochen hat, stört ihn dabei wenig.

Nationalratswahl

Bereits im Regierungsprogramm wurde vereinbart, e-Voting zu prüfen. Gleichzeitig wird daran gearbeitet jene Argumente, welche sich nicht auf die technischen Unzulänglichkeiten der Systeme beziehen, sukzessive auszuschalten.

Eines jener Argumente gegen e-Voting ist, dass nicht sicher gestellt ist, dass man seine Stimme unbeobachtet abgibt. Schließlich ist eine Briefwahl – wo dasselbe Problem gegeben ist – aus gutem Grund bisher nur im Ausland möglich gewesen. Nun entledigte man sich diesem Argument in dem man die Briefwahl in Zukunft auch im Inland erlaubt. „E-Vo-

ting lautet das Gebot der Stunde. Das Vertrauen in die Wähler demonstrierte man schon mit der Briefwahl.“ (Innenminister Günther Platter, DerStandard 6.6.2007) Offensichtlich wurde zur Sicherheit eine zweite Front eröffnet falls die ÖH trotz der Vorgabe von Hahn sich weiter weigern sollte. E-Voting im Einsatz bei einer Nationalratswahl ist über die letzten Tage keine theoretische sondern absolut reale Gefahr geworden.

TU Graz

Die TU Graz spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle bei den Versuchen e-Voting in Österreich einzuführen. Unser Institut für Angewandte Informationsverarbeitung und Kommunikationstechnologie (IAIK) ist ganz vorne dabei wenn es um e-Government Forschung und seine Anwendungen geht. Das für die ÖH-Wahl 2007 angedachte System ist unter anderem hier entstanden. Bei diesem Thema handelt es sich daher nicht um irgendetwas was sich im fernen Wien abspielt. Als TU Graz arbeiten wir aktiv an der Umsetzung von e-Voting mit.

Mehr Wahlbeteiligung?

Die niedrige Wahlbeteiligung bei der ÖH-Wahl wurde unter anderem als Vorwand herangezogen. Durch die Einführung von e-Voting soll die Wahlbeteiligung höher werden. Zahlreiche Beispiele belegen jedoch, dass e-Voting nicht zwangsläufig die Wahlbeteiligung erhöht. Zum Beispiel wurde bei den Parlamentswahlen 2005 in Estland e-Voting ermöglicht. Nur bei 2 % der abgegebenen Stimmen wurde diese Möglichkeit genutzt.

Die ÖH-Wahlbeteiligung sollte steigen. Und dies ist auch ein Ziel, welchem ich mich die nächsten zwei Jahre widmen möchte. Jedoch muss dafür nicht unbedingt die Art und Weise der Stimmabgabe geändert werden. Ich bin überzeugt, dass dies vielmehr durch eine sehr gute Arbeit im Interesse der Studierenden sei-



Hartwig Brandl

tens aller ÖH-Ebenen ermöglicht werden kann (und hoffentlich auch wird).

ÖH-Wahl 2009

Auch wenn die Bestrebungen langfristig in Richtung Nationalratswahl gehen, so wird sicher alles probiert werden, dies vorher zu testen. Neben einer ÖH-Wahl kommen aktuell nur Wirtschaftskammerwahlen oder ORF Publikumsratwahlen in Frage. Eine ÖH-Wahl bietet sich auf Grund von vielen Faktoren besonders an. Es wird an allen HochschülerInnen-schaften Österreichs liegen dem Druck standzuhalten und e-Voting auch 2009 keine Möglichkeit zu bieten.

Hartwig Brandl
Referent für Geschäftsführung und
interne Organisation
hbrandl@htu.tugraz.at